

# Dresdner Nachrichten

Sehründet 1856

Deutschland: Nachrichten Dresden.  
Telegrapher-Sammelnummer: 26241.  
Rote Nr. Rechtepreise: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Unzeigen-Preise.

Geschäftshaus und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Siebeck & Neidhardt in Dresden.  
Postleitzahl 19395 Leipzig.

Abdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) gestattet. — Untersteige Schriften werden nicht aufgenommen.

## Die Frage der amerikanischen Friedensvermittlung.

### Die Gründe für die Verzögerung der Ratifikation.

Bern, 22. Okt. Nach einem Pariser Bericht des „Corriere della Sera“ gelte besonders England Neigung, die Anerkennung des Protokolls über die Ratifikierung des Friedensvertrages zu verzögern. England lasse sich dabei lediglich von praktischen Gründen leiten, da der jegliche Hand einen größeren Druck auf Deutschland einüben. z. B. bei der Regelung der belgischen Angelegenheiten. Aber auch handelspolitische Gründe seien für die Haltung Englands maßgebend, da England das Ergebnis deutscher Erzeugnisse auf dem Weltmarkt im internationalen Wettbewerb möglich lange mit allen Mitteln verhindern wolle.

Diese Meldung ist ungemein kennzeichnend für die englische Politik und für die Kriegsschule Großbritanniens, die sich, was man auch sagen mag, zusammenfassen lassen in dem einen Wort: Vernichtung der deutschen Handelskonkurrenz um jeden Preis und mit allen Mitteln. Das im übrigen die Franzosen mindestens dasselbe Interesse an der Verzögerung der Ratifikation haben, ergibt sich aus folgender Meldung:

Wie der „Deutschen Allg. Zeit.“ von einer wohlunterrichteten französischen Veröffentlichkeit mitgeteilt wird, die sie in der Schweiz aufhält, und der parlamentarischen Vertretung der Mehrheitssozialisten auffehlt, fehlt es der Verbündetpolitik gegenwärtig an einer einheitlichen Vertretung. Es habe den Anschein, als ob den Pariser Wiederaufnahmen ein gemeinsames Mandat doch und Tatsächlich ausgrunde liege, daß sie mehr oder weniger gegen die Absichten Clemenceaus durchführen möchten. Tardieu habe noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben, auf Grund eines Vertrages gegen die Waffenstillstandsabredungen durch Deutschland neue Gebiete erlangen zu können oder, solange der Frieden nicht endgültig ratifiziert ist, Absonderungsbestrebungen im Rheinlande zu fördern.

### Wofür wir zahlen müssen.

Frankfurt a. M., 22. Okt. Aus Mainz meldet monatlich „Frankf. Blz.“: Die außerordentlich hohe Kostenrechnung für die Besatzungsmasse, die in die Millionen geht, hat in Weimar weniger Überlastung als Entlastung hervorgerufen. Der Rundige, der die Konzepte der Besetzung selbst erlebt hat, mußte eine solche Summe erwarten. Ein Übermaß von Veranstaltungen, Paraden usw., alles nur um Eindruck zu machen und Reichtum vor der Stadt Frankreichs zu erwecken, dieses Ziel konnten sich die Herren schon ein Bild davon machen lassen. Jeden Augenblick hoher Besuch von Kommandierenden, Spazierfahrten in Städten, auf dem Rhein, im Gebirge, Neuerwerbe, Beleuchtung der Rheinufer, Illumination von militärisch benötigten Gebäuden und Brücken, teilweise bei Tage vor lauter Nebel und auf der Eisenbahn und auf den Landstraßen, Massenfahrt von Artillerie und Kraftwagengruppen, Lichtverzweigungen in höchsten Grade, Feuerleitkarten, Völlig neu, — das gibt eine hübsche Summe, über die sich der Franzose keine Kopfschmerzen zu machen braucht. Das solche Verschwendungen dazu beträgt, das weiß wohl auf manche französische Stelle noch als besonderer Anzahl.

### Erleichterung der Ostseeblödade?

Südost, 22. Okt. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberst Rat hat von der Note der deutschen Regierung Kenntnis genommen, in der gebeten wurde, daß die Fliegerboote und die Küstenfahrzeuge von den durch die Flotte der Alliierten angeordneten Überwachungsmaßnahmen, die infolge der letzten Ereignisse im Baltikum befohlen worden sind, ausgenommen werden sollten. Es wurde beschlossen, daß die Überwachungsmaßnahmen weniger streng durchgeführt werden sollten.

### Bayerns Bevölkerungsrückgang.

München, 22. Okt. Nach dem amtlichen Bevölkerungsbericht hat Bayern bis Ende 1918 etwa 166 000 Gefallene aufzuweisen und außerdem etwa 70 000 Civilpersonen durch die Wirkung der feindlichen Hungerblödade verloren, sowie einen Geburtenausfall von etwa 400 000 Kindern zu verzeichnen. (W. L. B.)

### Englisch-amerikanische Riesenprojekte.

(Göttinger Drahtbericht der „Dresden. Nachrichten“) Rotterdam, 22. Okt. Die „Times“ enthält einen neuen Brief von Lord Illinoi im üblichen Telegrammton. In diesem Brief plädiert er für den Weiteraufbau eines neuen Riesenhauses in der Black-Sea-Ban an der Westküste von Irland, einem der beiden Häfen, der noch dazu Amerika am nächsten läge. Schwab von der Bethlehem-Steel-Company werde eine neue Dampferlinie von Nework dorthin einrichten, Kleindampfer von 100 000 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von 10 Knoten, dann eine neue Eisenbahnbasis in Irland. Von dort besteht eine direkte Bahn bis Barne, dann ein neuer Tunnel unter dem St. George-Kanal nach Spanien, dann eine Dampferlinie von dort nach Dover, per Tunnel nach Calais und dann direkt nach Konstantinopel, ein Tunnel unter dem Bosporus, dann die Sogababba bis Kalkutta, Smara und China, Peking, per Tunnel nach Japan, von den Japanern bereits projektiert. Die Amerikaner werden es machen. Wir sind dankbar, wenn auch nicht finanziell, jedoch an Unternehmungseigentum. Brauchen wir einen Hafen für die atlantische Flotte an der atlantischen Küste? Die Neutralität will noch immer Hoffnung als Haupthilfslinie haben, da sie noch immer Angst hat vor der deutschen Flotte, die doch längst auf dem Grunde des Meeres ruht.

### Der dritte Verhandlungstag.

(Druckschild unter Berliner Schriftleitung) Berlin, 22. Okt. Die Verhandlungen des zweiten Unterausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nahmen heute unter starkem Andrang von Abgeordneten aller Parteien ihren Fortgang. Der Vorsitzende, Abg. Warmuth, freute bei Eröffnung der Sitzung fest, um irrtümlichen Ausschlüssen zu begegnen, daß jedes Mitglied des Unterausschusses ein selbständiges Erzähler sei. Es wird darauf in die Verhandlungen eingetreten und die Verhandlung des Grafen Bernstorff fortgezeigt.

Abg. Warmuth: Exzellenz haben uns erklärt, daß, so lange die Friedensverhandlungsdaktion mit Wilson schwiegerweise stattfindet, die Rede davon gewesen ist, daß Deutschlands Integrität durch den Friedensvertrag irgendwie angegriffen werden sollte. Das ist wohl richtig? — Graf Bernstorff: Jawohl.

Vorl. Warmuth: Nun hat in der Senatsbotschaft vom 22. Januar Wilson erklärt, daß es

ein einiges, unabhängiges, selbständiges Polen geben soll. Soweit als möglich sollte auch diesem Volke ein direkter Ausgang zu den großen Seerechten der Sowjetunion liegen. Wo das durch Gebietsabtretungen nicht erreicht werden könnte, sollte es durch Neutralisierung der Zugangswege erreicht werden. Wie scheint, daß hier ein Widerspruch besteht.

Abg. Warmuth: Ich bemerkte, daß diese Botschaft vom 22. Januar zu einer Zeit erging, als die diplomatischen Beziehungen mit Amerika noch völlig bestanden und als Sie noch in Washington waren. Darf ich um einige Worte der Aufklärung bitten?

Graf Bernstorff: Daß Wilson die Wiederherstellung Polens wollte, beweist ich keinesfalls, aber ob Preußen, Deutschland Gebiete abtreten sollte, würde nach meiner Ansicht erst aus den Verhandlungen hervorgegangen sein. Es würde sich dabei sicherlich (?) um Kompensationen gehandelt haben.

Vorsitzender Warmuth: Ist das Ihre persönliche Aussicht oder der Niederschlag Ihrer Unterredungen? — Graf Bernstorff: Das ist meine aus den damaligen Verhandlungen hervorgegangene Überzeugung.

Vorsitzender Warmuth: Es sind also vom Obersten Hause Neuerungen getan worden, das

nicht genau der status quo ante wiederhergestellt werden sollte. Hat sich Oberst House zu Ihnen in dem Sinne geäußert?

Graf Bernstorff: Es ist mit mir mündlich in dem Sinne verhandelt worden, daß gegenseitige Kompensationen nicht ausgeschlossen seien.

Abg. Voithaus (Dem.): Es wird in den Instruktionen nur von Zugangswegen für Polen gesprochen. Das würde die Möglichkeit offen lassen, daß sowohl Danzig, wie auch Marienburg, an und für sich deutsch bleiben könnten. — Graf Bernstorff: Auf solche Einzelheiten sind wir nicht eingegangen.

Abg. Dr. Schäding: Es ist nicht von einem neutralen Korridor, sondern von einem neutralen Weg geredet worden. Haben Sie es so verstanden, daß damit ein völkerrechtliches Servitut gemeinsam war? — Graf Bernstorff: Damals hieß es nur, ein Zugang zum Meere durch Eisenbahn oder Bergfeldchen sollte erreicht werden.

Vorsitzender Warmuth: Das Gebiet sollte also nicht der deutschen Staatsherrschaft entzogen werden? — Graf Bernstorff: Nein.

Prof. Bethke: Haben Sie den Eindruck gewonnen, daß auf amerikanischer Seite Macht darüber bestand, wie Polen wiederhergestellt werden soll? — Graf Bernstorff: Ein klares Programm war in Amerika hierfür nicht vorhanden.

Auf eine Frage des Sachverständigen Prof. Bonn erklärte Graf Bernstorff: Ich stelle auf dem Standpunkt, daß die Friedensaktion Wilsons von 1918 mit derjenigen von 1917 gar nichts zu tun hat. Auch damit, daß Wilson in Versailles versagt hat, hat dies nichts zu tun. Das sind vollkommen getrennte (?) Aktionen gewesen. Ein Abschluß von der einen zur anderen ist ausgeschlossen. (?)

Auf eine Frage des Sachverständigen Prof. Schäfer, wie Amerika sich eine Kompensation auf territorialer Basis ohne Annexion habe denken können, führte Graf Bernstorff aus: Was dabei herauskomme würde, war natürlich nicht vorauszusehen. (Schriftlich.) Ich habe immer den Wunsch vertreten, daß Wilson die Friedensvermittlung übernehme, damit der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verhindert würde. Der Eintritt Amerikas in den Krieg müsse meiner Ansicht nach unbedingt zum Siege der Entente führen. Infolgedessen blieb nichts übrig, als

#### eine Vermittlung Wilsons

anzunehmen. Wäre es uns gelungen, den Krieg mit Amerika zu verhindern so wäre unter allen Umständen mindestens ein Verständigungsfriede zustande gekommen.

Vorsitzender Warmuth: Wilson hat es also abgelehnt, sich in die Verständigung und territoriale Fragen seitens Amerikas einzumischen.

Abg. Voithaus (Dem.): Ist die veränderte Stellungnahme Wilsons darauf zurückzuführen, daß ihm unterschiedliche Mitteilung der Friedensbedingungen verweigert wurde? War das Wort „einiges Polen“ so zu verstehen, daß zu Polen sämtliche Gebiete mit polnischer Bevölkerung gehören sollten? Wir sprachen auch von einem „einzigen Deutschland“, obgleich viele deutschsprachige Gebiete außerhalb Deutschlands liegen. Meint Exzellenz, daß Präsident Wilson der Ansicht war, daß die deutschsprachigen

Gebiete in unseren Ostmarken unbedingt zu einem einzigen Polen gehören müssen?

Graf Bernstorff: Ich glaube nicht, daß Wilson sich über die Grenzen damals genauer informiert hat.

Professor Hochsch: Ist da nicht ein Widerspruch vorhanden? Gestern hat Graf Bernstorff gesagt, Wilson habe und niemals angemessen, auch nur das geringste Gebiet abtreten. Heute heißt es, daß ein einzelnes Polen geschaffen werden sollte. Die logische Folgerung hieraus ist doch, daß vor einem Abtreten gesprochen wurde.

Graf Bernstorff: Ich wiederhole daß mir gegenüber in allen Verhandlungen niemals eine Gebietsabtretung angemessen worden ist. Über die preußisch-polnische Frage ist nur in allgemeinen Wendungen gesprochen worden.

Abg. Dr. Cohn: Dann erhielten Sie Kenntnis von der

#### Proklamation Polens

durch die Zentralmächte? — Graf Bernstorff: zunächst durch die gewöhnlichen Transoceanogramme. Ob sie später auch amtlich mitgeteilt worden ist, weiß ich nicht mehr, ebenso wie die Proklamation bei den Verhandlungen mit Wilson keine Rolle gespielt hat.

Professor Bonn: Es ist genau zu unterscheiden, was Wilson bis zum 21. Januar und was er später wollte. Sofort kommt man zu falschen Schlüssen. Am 18. Dezember riefte er eine Einladung an alle Kriegsführer. Am 22. Januar stellte er in seiner Botschaft seine Grundsätze auf und am 23. oder 24. Januar ging er auch darüber noch hinaus und ließ durch Oberst House einen ganz bestimmten Vermittlungsvorschlag anbieten. — Graf Bernstorff: Das ist richtig.

Prof. Bonn: Wollte Wilson, als er seinen Vermittlungsvorschlag machte, als gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch teilnehmen oder wäre er damit aufzufallen gewesen, wenn er die Kriegsführer zusammengebracht hätte?

Graf Bernstorff: Wilson hat mir immer sagen lassen, er wünsche die Kriegsführer an einer Konferenz zusammenzubringen. Dann sollte gleichzeitig oder hinterher

eine zweite Konferenz stattfinden, an der er mit sämtlichen Staaten der Welt teilnehmen wollte, und die allgemeine Fragen zu regeln ge hätte.

Prof. Bonn: Also auf der ersten Friedenskonferenz sollte Wilson weder vertreten sein, noch bestimmte materielle Forderungen durchsetzen? — Graf Bernstorff: Das hat er öfters erklärt.

Prof. Bonn: Daraus erhielt ich, daß, wenn die Kriegsführer sich auf einer etwas anderen Grundlage eingestellt hätten, als sie in der Botschaft vom 22. Januar erhalten waren, Wilson höchstens auf der zweiten Konferenz etwas hätte machen können, aber nicht auf der ersten. — Graf Bernstorff: So war es gedacht.

Prof. Bonn: Wenn die Parteien auf der ersten Konferenz sich ohne Wilson einigten und die Polenfrage erköst hätten, würde Wilson da irgendwelche Schwierigkeiten gemacht haben? — Graf Bernstorff: Das glaube ich nicht.

Vorl. Warmuth: In der Botschaft vom 22. Januar sind doch aber

#### gewisse Forderungen hinsichtlich Polens

enthalten. Sollten diese Forderungen für den Friedensschritt eine conditio sine qua non sein? — Graf Bernstorff: Ich glaube, daß Wilson auch in der polnischen Frage sich nur ein allgemeines Bild gemacht hat.

Abg. Dr. Schäding: Glaubten Sie, daß Wilson, als er seine Botschaft vom 22. Januar aussetzte, er oder seine Mitarbeiter die eigenartige gemeinschaftliche Lage der preußisch-polnischen Bevölkerung auch nur gekannt? — Graf Bernstorff: Ich bin überzeugt, daß er sie nicht gekannt hat. (Allgemeine Heiterkeit.)

Abg. Dr. Spahn: Später, am 4. Juli 1918, hat Wilson hinsichtlich Polens ganz bestimmt Leitsätze aufgestellt. Glaubten Sie nicht, daß diese Leitsätze für Wilson die ganze Zeit hindurch bestimmt waren? — Graf Bernstorff: Man mußte dies beachten, daß am 21. Januar 1917 in dem Verboten Wilson eine völlige Wandlung eingetreten ist. Bis zum 21. Januar glaubte Wilson, daß wir einen Verständigungsfrieden wollten. Nach dem 21. Januar aber war er der Überzeugung, daß wir nur den sogenannten deutschen Frieden annehmen würden, der die uns von der Entente unterstellte Weltherrschaft enthielt. So erklärt sich psychologisch diese Wandlung.

Vorl. Warmuth bittet den Grafen Bernstorff, nun über die Vorgänge nach der Senatsbotschaft

zu berichten.

Graf Bernstorff: Ich habe ein Telegramm von Ihnen bekommen, möglichst rasch nach Neuwerk zu kommen. Über die Unterredung habe ich telegraphisch berichtet.

Rektor Simmelmer verliest das Telegramm. In diesem wird erklärt, daß eine Einigung in territoriale Fragen seitens Amerikas nicht beabsichtigt sei. Es wird um die Wiedereinführung der deutschen Friedensbedingungen ersucht. Wilson habe erklärt, daß wir moralisch verpflichtet seien, unsere Bedingungen beizubehalten, weil sie sonst nicht als ehrlich angesehen würden. Wilson sei bereit, sie in der ganzen Welt mitzuteilen, und er sei überzeugt, daß damit der Weg zur Friedenskonferenz gegeben würde. Er wäre sehr erfreut, wenn es auf der Grundlage seiner Senatsbotschaft zu der Friedenskonferenz kommen würde. Er hofft, daß das so reich reichen würde, daß unnötiges Blutvergießen vermieden würde.